



**Im Namen des Volkes  
Urteil**

In dem Rechtsstreit

[REDACTED], 80992 München

Kläger

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt [REDACTED]

80686 München, Geschäftszeichen: [REDACTED]

gegen

[REDACTED] 37269 Eschwege

Beklagter

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Sascha Schlösser, Augustinerstraße 48, 99084 Erfurt,  
Geschäftszeichen: 11496

hat das Amtsgericht Eschwege durch den Richter am Amtsgericht [REDACTED] aufgrund der  
mündlichen Verhandlung vom 15.02.2017

**für Recht erkannt:**

Die Klage wird abgewiesen.

Der Kläger hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar. Der Kläger darf die Vollstreckung durch Sicherheitsleistung in Höhe von 110 Prozent des aufgrund des Urteils vollstreckbaren Betrages abwenden, wenn nicht der Beklagte vor der Vollstreckung Sicherheit in Höhe von 110 Prozent des jeweils zu vollstreckenden Betrages leistet.

## **Tatbestand**

Der Kläger erwarb aufgrund Kaufvertrags vom 21.05.2016 von dem Beklagten ein durch diesen über das Internetportal autoscout24 angebotenes im Jahr 2004 erstmals zugelassenes Wohnmobil mit einer Laufleistung von 91.200 km. Unter Nr. II. des Vertrags schlossen die Parteien die Sachmängelhaftung – in bestimmtem Umfang – aus. Zu etwaigen Beschädigungen des Wohnmobils ist unter Nr. III. in der Vertragsurkunde festgehalten „Gebrauchsspuren/Kra[t]zer“. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Vertragsurkunde (Blatt 5 f. d. A.) Bezug genommen.

Eine vor Vertragsschluss durchgeführte Hauptuntersuchung, ergab „ohne festgestellte Mängel“. In der dem Kläger bei Vertragsschluss vorliegenden Bescheinigung der DEKRA ist unter dem Punkt „Hinweise“ aufgeführt: „Traggelenk vorne rechts beginnendes Spiel, Reifen vorne links läuft einseitig ab, Ölwanne angerostet“. Auf die Bescheinigung (Blatt 6 d. A.) wird Bezug genommen.

Das Fahrzeug war nicht mit einem Dieselpartikelfilter ausgestattet, die grüne Umweltplakette durfte diesem Fahrzeug daher nicht zugeteilt werden. Zum Vorhandensein oder Fehlen des Partikelfilters oder zur Umweltplakette enthält der schriftliche Kaufvertrag keine Angaben, die Parteien sprachen über diesen Punkt auch nicht im Zuge des Vertragsschlusses. An der Windschutzscheibe des Wohnmobils klebte allerdings eine – nicht abgestempelte – grüne Plakette.

Der Kläger zahlte den Kaufpreis und erhielt das Wohnmobil. Als er erfuhr, dass das Fahrzeug keine grüne Umweltplakette führen darf, wandte er sich telefonisch an den Beklagten. Er fragte den Beklagten, ob dieser wisse, ob das Fahrzeug über einen Partikelfilter verfüge. Der weitere Inhalt des Telefonats ist streitig.

Der Kläger ließ einen Rußpartikelfilter einbauen und weitere Maßnahmen im Hinblick auf den im DEKRA-Bericht angesprochenen Zustand des Fahrzeugs durchführen. Er begehrt Ersatz der ihm entstandenen Kosten. Wegen der Einzelheiten zur Anspruchshöhe wird auf die Aufstellung in der Klageschrift und die Anlage K3 (Blatt 9 ff. d. A.) Bezug genommen.

Der Kläger behauptet zuletzt und abweichend von seinem Vortrag in der Klageschrift, er habe den Beklagten telefonisch gefragt, ob dieser bereit sei, eventuell die Kosten für den Einbau eines Partikelfilters zu zahlen. Der Beklagte habe darauf entgegnet, er sei zurzeit „klamm“. Weiteres sei im Hinblick auf den Dieselpartikelfilter nicht besprochen oder gefordert worden. Im Internetportal autoscout24 sei erwähnt gewesen, dass das Fahrzeug mit einer grünen Umweltplakette ausgerüstet sei. Die grüne Plakette sei durch den Beklagten selbst angebracht worden. Wegen des im Bericht der DEKRA angesprochenen Zustands des Fahrzeugs habe der Kläger den Beklagten telefonisch vergeblich zur „Nacherfüllung in Gestalt der Übernahme der Reparaturkosten“ aufgefordert“. Der Kläger ist der Ansicht, eine Aufforderung zur Nacherfüllung sei außerdem entbehrlich gewesen, weil es völlig unwirtschaftlich gewesen wäre, das Fahrzeug von München zum Wohnort des Beklagten zurückzubringen.

Der Kläger beantragt,

den Beklagten zu verurteilen, an ihn 2.285,50 EUR nebst Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszins seit dem 13.10.2016 zu zahlen.

Der Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Der Beklagte vertritt die Ansicht, weder das Fehlen des Partikelfilters noch der unter „Hinweise“ im Bericht der DEKRA bezeichnete Zustand des Fahrzeugs begründeten einen Sachmangel. Außerdem sei die Haftung vertraglich ausgeschlossen worden, und es fehle an der erforderlichen Aufforderung zur Mängelbeseitigung. Der Beklagte behauptet, dass die grüne Plakette bereits angebracht gewesen sei, als er das Wohnmobil von dem Voreigentümer erworben habe. Er habe dem Kläger telefonisch lediglich gesagt, dass er nicht wisse, ob das Fahrzeug über einen Partikelfilter verfüge.

## Entscheidungsgründe

Die Klage bleibt ohne Erfolg. Der Kläger hat keinen Anspruch auf Schadensersatz aus §§ 437 Nr. 3, 433, 434, 280 Abs. 1 und 3, 281 BGB.

Es kann dahinstehen, ob das Fehlen des Rußpartikelfilters einen Sachmangel des Fahrzeugs im Sinn des § 434 BGB begründet und ob die Haftung des Beklagten wegen dieses etwaigen Mangels wirksam ausgeschlossen worden ist.

Denn der Anspruch scheitert daran, dass es an einer Fristsetzung zur Nacherfüllung im Sinn des § 281 Abs. 1 BGB fehlt. Nach dem eigenen Vorbringen des Klägers in seiner persönlichen Anhörung hat dieser den Beklagten gerade nicht dazu aufgefordert, den Filter einzubauen und damit den Mangel zu beseitigen – dies ist die einzige, im Fall des Kaufs eines gebrauchten Fahrzeugs in Rede stehende Form der Nacherfüllung –, sondern er hat lediglich danach gefragt, ob der Beklagte bereit sei, die Kosten für den Einbau zu übernehmen. Die Übernahme der Kosten ist aber gerade keine Form der Nacherfüllung.

Die Fristsetzung war auch nicht entbehrlich nach §§ 281 Abs. 2, 440 BGB. Der Beklagte hat die Nacherfüllung nicht ernsthaft und endgültig verweigert, § 281 Abs. 2 Alt. 1 BGB. Er hat sich über seine Bereitschaft, den Partikelfilter einzubauen, nicht geäußert. Die angebliche (und nicht erwiesene) Erklärung „zurzeit klamm“ zu sein auf die Frage nach der Bereitschaft, Kosten zu übernehmen, erfüllt diese Anforderungen ersichtlich noch nicht.

Die Nacherfüllung ist auch weder fehlgeschlagen im Sinn des § 440 BGB noch war sie dem Kläger unzumutbar.

Eine Unzumutbarkeit folgt nicht aus wirtschaftlichen Gründen. Nach vorzugswürdiger Ansicht hat die Nacherfüllung dort zu erfolgen hat, wo sich die Sache bestimmungsgemäß befindet. Es wäre mithin nicht Sache des Klägers gewesen wäre, das Fahrzeug wieder von München zu dem Beklagten zu verbringen. Aber auch dann, wenn man dem nicht folgte und den Kläger für verpflichtet hielte, die Sache zu dem Beklagten zu bringen, ginge mit dieser Verpflichtung ein Anspruch auf Kostenerstattung nach § 439 Abs. 2 BGB einher. Ein relevantes Risiko der möglicherweise fraglichen Durchsetzbarkeit dieses Anspruchs bestand nicht. Einerseits genügt auch hierfür nicht bereits die angebliche und nicht erwiesene Erklärung des Beklagten, „klamm“ zu sein. Sonstige Erkenntnisse bezüglich der Vermögensverhältnisse des Beklagten hatte der Kläger nicht. Schließlich kann der Anspruch nach § 439 Abs. 2 BGB auch auf Zahlung eines Vorschusses gerichtet sein (zum Ganzen Pammler in: jurisPK-BGB, 8. Auflage, § 439 Rn. 43 ff., 58 m. w. N.).

Hingegen ist eine etwaige Unwirtschaftlichkeit und damit verbundene Unzumutbarkeit für den Beklagten bereits im Ansatz nicht relevant. Die Entscheidung, ob vom Recht, die Nacherfüllung gemäß § 439 Abs. 3 BGB zu verweigern, Gebrauch gemacht wird, liegt allein bei dem Verkäufer und kann diesem nicht durch den Käufer abgenommen werden.

Eine Entbehrlichkeit der Fristsetzung über §§ 281 Abs. 2 Alt. 2, 440 BGB besteht schließlich auch nicht wegen arglistiger Täuschung über das Vorhandensein des Partikelfilters. Erstens ist nicht widerlegt, dass der Beklagte die grüne Plakette selbst nicht angebracht hat. Zweitens ist unstreitig, dass der Beklagte keine sonstigen Erklärungen diesbezüglich abgegeben hat. Drittens wäre selbst dann, wenn der Beklagte die Plakette angebracht hätte, keine arglistige Täuschung gegeben, weil nicht ersichtlich ist, dass dies wegen des beabsichtigten Verkaufs des Fahrzeugs geschehen ist. Der Beklagte hätte sie ebenso deshalb angebracht haben können, um bei flüchtigen Kontrollen während der Zeit der Eigennutzung nicht aufzufallen. Dass ihm bei Vertragsschluss die Bedeutung der grünen Plakette für den Kläger und dessen Kaufentscheidung bewusst war – die Parteien thematisierten diese Frage nicht –, steht nicht fest und kann dem Beklagten nicht unterstellt werden. Nicht erwiesen ist, dass in der Verkaufsanzeige im Internetportal autoscout24 ein Hinweis auf die grüne Plakette enthalten war, das Angebot ist trotz entsprechenden Hinweises des Beklagten in der Klageerwiderng weder vorgelegt worden noch gibt es sonstige Beweisangebote. Bei dieser Sachlage kann offen bleiben, ob der Vortrag im Hinblick auf die vermeintliche Arglist des Beklagten überhaupt von Relevanz sein kann.

Wegen des Zustands des Fahrzeugs, auf den im Bericht der DEKRA hingewiesen ist, dürfte bereits ein Sachmangel zu verneinen sein. Einer näheren Vertiefung bedarf es jedoch nicht. Denn auch insoweit fehlt es jedenfalls an der erforderlichen Fristsetzung zur Nacherfüllung. Der Kläger hat – seinem eigenen Vorbringen zufolge, das außerdem bestritten und nicht erwiesen ist – den Beklagten lediglich zur Übernahme der Kosten aufgefordert.

Eine Fristsetzung war auch insoweit nicht entbehrlich. Arglistiges Verhalten des Beklagten liegt nicht vor. Einerseits wird auf die obigen Ausführungen zur grünen Plakette verwiesen. Außerdem hat der Beklagte den Zustand des Fahrzeugs durch Übergabe des DEKRA-Berichts dem Kläger offenbart; dieser hat den Inhalt der Bescheinigung lediglich zunächst nicht zur Kenntnis genommen. Dass der Beklagte den Kläger in irgendeiner Form davon abgehalten hätte, sich diese Kenntnis zu verschaffen, oder sonst arglistig handelte, ist nicht auszumachen. Einhergehend damit hat der Beklagte auch insoweit nicht ernsthaft und endgültig die Nacherfüllung verweigert.

Nach allem besteht bereits dem Grunde nach kein Anspruch auf Schadensersatz.

Dem Antrag des Klägers auf Schriftsatznachlass zum Vorbringen des Beklagten gemäß Schriftsatz vom 13.02.2017 war aus mehreren Gründen nicht zu entsprechen. Soweit sich in dem Schriftsatz mit dem Vorliegen oder Fehlen eines Sachmangels befasst wird, besteht keine Entscheidungserheblichkeit. Gleiches gilt für die streitige Frage, ob der Beklagte selbst die Umweltplakette angebracht hat. Dass keine Fristsetzung zur Nacherfüllung vorliegt, ergibt sich bereits aus dem Klägervorbringen selbst. Die Frage der Entbehrlichkeit der Fristsetzung ist eine Rechtsfrage, zu der im Termin hat Stellung genommen werden können, andererseits konnte das Gericht auch diese Frage entscheiden, ohne das Vorbringen des Beklagten vom 13.02.2017 zu berücksichtigen. Die bloße Absicht, Rücksprache mit dem Hauptbevollmächtigten des Klägers zu halten, rechtfertigt keinen Nachlass auf einen Schriftsatz, dessen Inhalt für die Entscheidung nicht relevant ist. Zu den geäußerten rechtlichen Hinweisen des Gerichts konnte im Termin Stellung genommen werden, außerdem hat der Kläger insoweit keinen Schriftsatznachlass beantragt.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 91 Abs. 1 ZPO, die Entscheidung zur vorläufigen Vollstreckbarkeit auf §§ 708 Nr. 11, 711 ZPO.

#### Rechtsbehelfsbelehrung

Diese Entscheidung kann mit der Berufung angefochten werden. Sie ist einzulegen innerhalb einer Notfrist von einem Monat bei dem Landgericht Kassel, Frankfurter Straße 7, 34117 Kassel. Die Frist beginnt mit der Zustellung der in vollständiger Form abgefassten Entscheidung. Die Berufung ist nur zulässig, wenn der Beschwerdegegenstand 600,00 € übersteigt oder das Gericht die Berufung in diesem Urteil zugelassen hat. Zur Einlegung der Berufung ist berechtigt, wer durch diese Entscheidung in seinen Rechten beeinträchtigt ist. Die Berufung wird durch Einreichung einer Berufungsschrift eingelegt. Die Berufung kann nur durch einen Rechtsanwalt eingelegt werden.

\_\_\_\_\_  
Richter am Amtsgericht

Beglaubigt  
Eschwege, 17.02.2017

\_\_\_\_\_  
s. Justizhauptsekretärin  
Urkundsbeamtin/Urkundsbeamter der Geschäftsstelle des Amtsgerichts

